

Garantiertes Grundeinkommen : sozial statt marktliberal

Autor(en): **Mäder, Ueli**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus**

Band (Jahr): **106 (2012)**

Heft 10

PDF erstellt am: **12.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-390373>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Garantiertes Grundeinkommen – sozial statt marktliberal

Das garantierte Grundeinkommen ist ein utopisches Projekt, das immer wieder zu Diskussionen provozierte. Die Neuen Wege haben schon früher die Debatte mitgeführt. Nun steht mit der Initiative ein konkretes Projekt an.

An der Jahresversammlung der Freundinnen und Freunde der Neuen Wege vom 2. Juni 2012 in Basel hat Professor Ueli Mäder dazu referiert. Wir haben ihn um einen grundlegenden Artikel für unsere Leserinnen und Leser gebeten.

Eine alte Idee lebt neu auf. Alle Mitglieder einer Gemeinschaft erhalten ein bedingungsloses Grundeinkommen, das die existenziellen Bedürfnisse befriedigen und die gesellschaftliche Teilhabe fördern soll. Das Grundeinkommen ist als individueller Rechtsanspruch konzipiert, ohne Arbeitszwang und ohne Nachweis einer Bedürftigkeit. Ich freue mich – trotz Vorbehalten – über die aktuelle Debatte und skizziere hier einen Vorschlag, der die erkämpfte soziale Sicherheit nicht unterläuft, sondern ausweitet.

In der Schweiz haben wir ein relativ gut ausgebautes System der sozialen Sicherheit, das allerdings mit dem Wandel der Lebensformen nicht Schritt hält. Obwohl Alleinlebende, Alleinerziehende und Patchwork-Haushalte zunehmen, richtet sich die soziale Sicherung auf klassische Familien und auf so genannte «Normalbiografien» aus, die es je länger desto weniger gibt. Zudem ist das System sehr einseitig erwerbsorientiert. Wer arbeitslos und ausgesteuert ist, fällt jedoch durch die Maschen. Und die Sozialhilfe muss immer mehr auffangen, was wirtschaftliche Unternehmen und soziale Versicherungen vernachlässigen. Ein Systemwechsel drängt sich deshalb auf. Aber wie?

Zwiespältige Konzepte

Eine erste Variante des Grundeinkommens will allen Erwachsenen monatlich 1500 Franken bezahlen. Aber aufgepasst: Wer erwerbslos ist, kommt damit auf keinen grünen Zweig. Und Menschen mit Behinderungen bräuchten weitere Transferleistungen. Die zusätzlichen Kosten würden die Gefahr erhöhen, soziale Ausgaben auf private Träger abzuwälzen.

Ein zweiter Vorschlag postuliert, monetaristisch motiviert, eine negative Einkommenssteuer. Das Prinzip ist einfach: Der Staat garantiert allen Haushalten ein Grundgehalt von 3000 Franken. Hat ein Haushalt kein eigenes Einkommen, be-

kommt er diesen Betrag direkt ausbezahlt. Hat er ein eigenes Einkommen, dann erhält er nicht nur die Differenz, sondern noch einen Zusatz, damit ein Anreiz zur Lohnarbeit besteht. Die Veranschlagung basiert auf der klassischen Steuererklärung. Wer mehr als 6000 Franken verdient, muss einen Betrag für die negative Einkommenssteuer abgeben, die dann alle bestehenden Wohlfahrtsleistungen ersetzt. Etliche private Unternehmen befürworten diese Variante. Zum einen aus Kostengründen; zum andern, weil sie so einfacher Arbeitskräfte entlassen können. Problematisch ist an beiden Varianten, dass sie keine Existenzsicherung garantieren.

Die fehlende Existenzsicherung ist auch ein Problem bei der Eidgenössischen Initiative, die, im April 2012 lanciert, durchaus wertvolle Debatten provoziert. Die Initiative ist sehr offen formuliert. Sie verlangt ein bedingungsloses Grundeinkommen, das ein menschenwürdiges Dasein ermöglichen soll. Die Finanzierung und Höhe des Betrages sollen später gesetzlich geregelt werden. Das könnte dazu führen, bestehende soziale Sicherheiten abzubauen. Zudem schlagen tragende Kreise vor, das bedingungslose Grundeinkommen über die Mehrwertsteuer zu finanzieren. Und das würde die einfache Bevölkerung stärker belasten als progressive Steuern, die eine soziale Umverteilung fördern.

Alternative

Damit die soziale Sicherheit gewährleistet ist, schlage ich ein Grundeinkommen vor, das an die vorhandene soziale Sicherung anknüpft und die Ergänzungsleistungen (EL) ausweitet. Wer bei uns pensioniert ist, bekommt eine Altersrente (AHV). Und wer eine Behinderung hat, erhält eine Invalidenrente (IV). Wenn diese Renten nicht ausreichen, kommen die Ergänzungsleistungen zum Tragen. Sie garantieren, dass eine Einzelperson nach Abzug der Aus-

gaben für das Wohnen und für die Gesundheit monatlich noch mindestens rund 1500 Franken zur freien Verfügung hat. Leben mehrere Personen zusammen, dann erhöht sich der Betrag nach den gesamten Lebenskosten. Ich schlage nun vor, allen Haushalten die Existenzsicherung über diesen Anspruch auf Ergänzungsleistungen zu garantieren. Der Ansatz liegt mindestens 500 Franken über demjenigen der Sozialhilfe. Die zusätzlichen Kosten kämen für alle Familien mit Kindern auf keine vier Milliarden Franken zu stehen. Dieser Betrag liegt unter einem Promille der Vermögen, die Schweizer Banken derzeit verwalten. Geld ist also genug vorhanden, aber der politische Wille fehlt noch. Trotz guter Argumente: So könnte der Ausbau der Ergänzungsleistungen die Sozialhilfe (SH) erheblich entlasten. Zudem gäbe das Recht auf Ergänzungsleistungen vielen Menschen mehr Unabhängigkeit und Rückhalt, um Neues auszuprobieren und sich sozial, ökologisch oder kulturell zu engagieren.

Diese dritte Variante eines garantierten Grundeinkommens ist einfach realisierbar und baut die soziale Sicherung real aus. Über progressive Steuern finanziert, fördert sie auch die Umverteilung von oben nach unten und den sozialen Ausgleich. Bei den andern Varianten besteht hingegen die Gefahr, die soziale Sicherung zu unterlaufen. Vor allem, wenn das Grundeinkommen, über den Konsum finanziert, die sozialen Versicherungen ersetzt und die Lohnkosten absenkt, um angeblich mehr Arbeitsplätze zu schaffen. Einer Krankenschwester müssten dann, so lautet die marktliberale Argumentation, keine 3000 Euro mehr bezahlt werden, sondern nur noch 1500. Und die Unternehmen könnten einerseits den Wettbewerb forcieren und sich andererseits kartellmässig arrangieren und die eingesparten Lohnkosten nur teilweise an die Konsumierenden abgeben. Die Bürgerinnen und Bürger müssten jedenfalls für



Ueli Mäder

die Ausbildung, das Wohnen und die Gesundheit wesentlich höhere Preise bezahlen. Und die Konkurrenz um knappe Güter würde die Anreize für Arbeit und Konsum erhöhen. So lautet auch hier die marktliberale Rechtfertigung. Was dabei fehlt, sind kritische Überlegungen dazu, wie die Wirtschaft und das Privateigentum ihre Macht konzentrieren und von der Konsumsteuer profitieren. Denn diese entlastet die hohen Einkommen statt die niedrigen! Damit stünden auch für soziale Aufgaben weniger Mittel zur Verfügung. Zudem verkennt die finanzkapitalistische Logik den Wert sozialstaatlicher Einrichtungen. Diese fördern den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Und sie finanzieren sich selbst.

Trotz immens gestiegenem Reichtum gibt die Schweiz seit dem Jahr 2004 weniger Anteile ihres Brutto-Inlandproduktes für die soziale Sicherheit aus. Die Sozialleistungsquote sank von 22,3 Prozent (2005) auf 20,5 Prozent (2008). Und selbst im schwierigsten Jahr (2009) überstiegen die Einnahmen (150 Mrd. Franken) die Ausgaben (133 Mrd. Franken). Das weist das Bundesamt für Sozialversicherung (BSV 2011) deutlich aus. Populistische Debatten erwecken jedoch den Anschein, die soziale Sicherheit lasse sich kaum mehr finanzieren. Sie unterschlagen den Überschuss der Einnahmen. Und sie vernachlässigen, wie die Renten rentieren und über Konsumausgaben viel Arbeit schaffen. Die soziale Sicherheit ist aber vor allem aus menschlichen Gründen wichtig.

Und die hier vorgeschlagene Ausweitung bedingungslos gewährter Ergänzungsleistungen knüpft an die erkämpften sozialen Errungenschaften an. Sie ermöglicht als dritte Variante eines Grundeinkommens mit einer guten sozialen Infrastruktur allen Bürgerinnen und Bürgern mehr individuelle Freiheiten. Dies in Ergänzung zu sozialen Versicherungen und einem existenzsichernden Mindestlohn, der unabdingbar die

Lage von erwerbstätigen Armen verbessern muss, die heute auch statistisch übergangen werden. Gezählt werden oft nur Erwerbstätige, die über 90% angestellt sind und weniger verdienen als der Anspruch für Sozialhilfe ausmacht. Werden aber Kinder und Haushaltsangehörige sowie alleinerziehende Mütter einbezogen, die wegen ihren Betreuungsaufgaben weniger Lohnarbeit verrichten, dann verdoppelt sich die offiziell ausgewiesene Quote der «working-poor».

Utopie ist Teil der Realität

Aber was geschieht, wenn wir, wie skizziert, eine garantierte Existenzsicherung haben? Wer will dann überhaupt noch malochen und unangenehme Arbeiten verrichten? Das ist eine Frage, die häufig gestellt wird. Im globalen Kontext lässt sich zunächst auf über eine Milliarde Jugendliche hinweisen, die in den nächsten Jahren auf den Arbeitsmarkt kommen. Sie suchen alle eine Erwerbstätigkeit. Es ist also unwahrscheinlich, dass die Arbeitskräfte ausgehen. Hinzu kommt: In der Schweiz sind über vier Fünftel der Arbeitsfähigen erwerbstätig. Die Arbeit hat einen hohen Stellenwert. Selbst viele Ältere wollen weiterhin Lohnarbeit verrichten. Denn diese vermittelt Selbstwert und Befriedigung. Das dürfte auch nach einem Ausbau der Grundsicherung so bleiben, wobei weniger Erwerbsarbeit (und Umwelt belastende Ramschproduktion) mehr Raum für kreative Selbsttätigkeit, für soziale Beziehungen und demokratische Teilhabe böten.

Wenn Menschen von früh bis spät erwerbstätig sind, hat das seinen Preis. Ich denke etwa an Väter, die vor lauter Arbeit ihre Kinder fast vergessen. Eine garantierte Existenzsicherung könnte zudem helfen, unattraktive Arbeiten besser zu verteilen und zu bezahlen. Ein garantiertes Grundeinkommen könnte auch Betreuungs- und Erziehungsaufgaben aufwerten, die heute wenig gesellschaftliche Anerkennung finden. Das wäre ein

weiterer Grund, um die Ergänzungsleistungen auszubauen und – System sprengend – bedingungslos zu gewähren. Wobei auch hier die Umsetzung nicht dazu führen darf, die Löhne tief zu halten und die Preise anzuheben. Sonst besteht die Gefahr, dass die öffentliche Hand die niedrigen Löhne subventioniert. So hat auch die dritte Variante mit den Ergänzungsleistungen ihre Tücken. Sie dynamisiert aber die oft kleinlich geführten Debatten über Reformen der sozialen Sicherung. Wichtig ist jedenfalls ein struktureller Systemwechsel, der die marktgängige Konkurrenzlogik kontrastiert und allen Menschen soziale Sicherheit garantiert.

Nach dem Zweiten Weltkrieg trug ein politisch liberales Verständnis dazu bei, soziale Ungleichheiten abzubauen. Kapital und Arbeit galten als gleichwertig. Und breite Bevölkerungskreise vermochten ihre materielle Lebenslage zu verbessern. Das änderte sich mit den rezessiven Einbrüchen der 1970er-Jahre und vor allem mit der rigorosen Marktöffnung seit 1989. Seither überlagert der angelsächsische Finanzkapitalismus den politischen Liberalismus. Seither öffnet sich die soziale Schere bei den verfügbaren

Einkommen und vor allem bei den Vermögen. Laut dem Global Wealth Bericht der Credit Suisse (2010) verfügen ein Prozent der privaten Steuerpflichtigen über mehr Nettovermögen als 99%. Damit verschärft sich die soziale Brisanz. Die grössere Transparenz über die soziale Ungleichheit bewegt einzelne sozial Benachteiligte dazu, sich mehr für eigene Interessen einzusetzen. Viele andere suchen aber Halt bei populistischen Kreisen. Mehr soziale Sicherheit könnte ihnen helfen, ihre Kräfte konstruktiver einzusetzen.

Menschen sind soziale und lernfähige Wesen. Sie brauchen nicht ständig angetrieben oder mit Anreizen geködert zu werden. Die garantierte Existenzsicherung hilft ihnen, mehr selber zu bestimmen, was sie wollen. Wer sozial gesichert lebt, fragt sich auch eher, was eigentlich wichtig ist im Leben. Es geht doch nicht darum, alles immer schneller drehen zu lassen und permanent Angst besetzt die Effizienz zu optimieren. Ich freue mich, wenn es gelingt, die Utopie eines sozialen (und nicht marktliberalen) Grundeinkommens mehr in die Realität zu integrieren. ●

Ueli Mäder ist Professor für Soziologie an der Universität Basel und der Hochschule für Soziale Arbeit. (Er hat mit Sarah Schilliger und Ganga Jey Aratnam das Buch «Wie Reiche denken und lenken» verfasst und arbeitet zurzeit an einer neuen Ausgabe der Studie «Wer regiert die Schweiz?»)
ueli.maeder@unibas.

Unterschreiben für die Initiative für ein bedingungsloses Grundeinkommen

Die Idee für ein bedingungsloses Grundeinkommen ist wie die Forderung nach Lohnobergrenzen oder jene nach einer umfassenden Erbschaftssteuer gegenwärtig eine der interessantesten und auch wichtigsten Reformanstösse innerhalb der parlamentarischen Möglichkeiten für die Linke. Es spricht für deren politische Präsenz, dass alle drei Themenbereiche mit laufenden Initiativen (1:12 Initiative, Erbschaftssteuerreforminitiative, Grundeinkommeninitiative) in den politischen Diskurs eingespeist sind. Auch wenn die Initiative für ein bedingungsloses Grundeinkommen in ihrer konkreten Ausgestaltung umstritten ist, so verdient es die Thematik doch mit einer erfolgreichen Unterschriftenkampagne auf das realpolitische Niveau eines Abstimmungs-



kampfes gehoben zu werden. Erst dort bekommen die widersprüchlichen Stimmen ihre öffentliche Relevanz. Die Sammelfrist läuft bis Sommer 2013. Unterschriftenbogen können unter www.grundeinkommen.ch heruntergeladen werden. (Red.)